

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

4.4.1931 (No. 79)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Telefon:
Nr. 953
und 954
Postkonton:
Karlsruhe
Nr. 8515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. A. M. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Element Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifliche Rabatte, bei Abrechnung nach Wochen nach Empfang der Rechnung. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung und Konkursverfahren fällt der Anzeiger fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Währungsbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Badische Justizstatistik 1930

(Die Zahlen in Klammern betreffen die Justizstatistik 1929.)
Die sieben im badischen Justizministerialblatt Nr. 4 veröffentlichte Statistiken über die Tätigkeit der badischen Gerichtsbehörden und Notariate im Jahre 1930 zeigen gegenüber dem Jahre 1929 eine allgemeine, zum Teil erhebliche Zunahme der Geschäftstätigkeit. Sie spiegeln in berechneten Zahlen die ungewöhnliche wirtschaftliche Depression wieder, in deren Zeichen das Jahr 1930 verlaufen ist.
So sind im Jahre 1929 bei den Amtsgerichten insgesamt 134 154, im Jahre 1930 insgesamt 149 938 Zivilprozesse anhängig geworden. Die Zahl der freigelegten Endurteile ist von 15 050 auf 16 375, die Zahl der Vergleiche von 10 527 auf 11 345 angewachsen. Die Zahl der Zahlungsbefehle hat sich von 351 279 auf 372 762, die der Vollstreckungsbefehle von 178 817 auf 196 464 erhöht. Konkurse wurden i. J. 1930 1111 gegenüber 895 im Jahre 1929 anhängig. Eine geringe Abnahme hat die Zahl der Vergleichsverfahren zur Anwendung des Konkurses erfahren. Sie ist von 284 auf 278 zurückgegangen. In Strafsachen sind 9454 (8963) Urteile der Amtsrichter und 1828 (1648) Urteile der Schöffengerichte erlassen worden. Die Zahl der Privatklagen ist von 1041 auf 1195 gestiegen. Erheblich zugenommen haben die Strafbefehle, im besonderen Fortstrafverfahren. Sie sind von 3005 im Jahre 1929 auf 3608 im Jahre 1930 angewachsen, während die Zahl der sonstigen Strafbefehle von 20 785 auf 18 850 zurückgegangen ist. In 4429 (3954) Fällen wurde von den Amtsgerichten bedingte Strafaussetzung bewilligt.
Bei den Landgerichten betrug die Zahl der in der bürgerlichen Rechtspflege in erster Instanz anhängig gewordenen Fälle im Jahre 1929 14 909, im Jahre 1930 14 044. Streitige Endurteile wurden im Jahre 1930 5125 (4746) erlassen; in 1530 (1579) Fällen führte das Verfahren zum Vergleich. In der Berufungsinstanz wurden bei den Landgerichten 2780 (2590) Berufungen anhängig. Von ihnen wurden 1740 (1634) durch freigelegtes Endurteil und 251 (269) durch Vergleich erledigt. In Strafsachen wurden im Jahre 1929 636, im Jahre 1930 639 Voruntersuchungen geführt. Die Zahl der schwebenden Urteile betrug 1930 133 (138), die der großen Strafkammer 350 (301) und die der kleinen Strafkammer 1151 (1028). Bei den Staatsanwaltschaften wurden im Jahre 1930 90 910 (88 520) staats- und anwaltschaftliche Anzeigen erstattet, die in 53 509 (48 290) Fällen zur Einstellung des Verfahrens führten.
Auch das Oberlandesgericht hat einen nicht unerheblichen Geschäftszuwachs zu verzeichnen. So wurden im Jahre 1929 1426, im Jahre 1930 1572 Berufungen dort anhängig. Die Zahl der freigelegten Urteile hat sich von 862 auf 957, die Zahl der Vergleiche von 134 auf 147 erhöht. Die Zahl der Revisionsurteile beträgt 218 gegenüber 198 im Jahre 1929.
Bei den Arbeitsgerichten wurden im Jahre 1930 11 240 (9985) Fälle anhängig. Von diesen waren 7369 (6759) allgemeine Arbeiter-, 3532 (2791) Angestellten- und 1121 (1081) Handwerksstreitigkeiten. Von den anhängig gewordenen Sachen wurden 3342 (3384) durch Vergleich, 417 (214) durch Anerkenntnisurteil und 2862 (2502) durch Zurücknahme der Klage erledigt. Die Zahl der arbeitsgerichtlichen Versäumnisurteile betrug 1106 (966), die Zahl der anderen Endurteile 1836 (1762). Das Mahnverfahren wurde in 1479 (1515) Fällen durchgeführt.
Bei den Landesarbeitsgerichten ist die Zahl der Berufungen von 331 auf 432 Fälle angewachsen. Der Berufung wurde in 59 (33) Fällen stattgegeben. In 146 (124) Fällen erfolgte Zurückweisung. Die Vergleiche sind von 54 auf 75 gestiegen. In 18 (12) Fällen wurde die Revision wegen grundsätzlicher Bedeutung des Rechtsstreits für zulässig erklärt.
Die Gemeindegereichte haben im Jahre 1930 52 248 (49 348) Zahlungsbefehle und 22 740 (22 337) Vollstreckungsbefehle erlassen. Die Zahl der bei ihnen anhängig gewordenen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten betrug 11 786 gegenüber 11 318 im Jahre 1929. In 4155 (4219) Fällen endigte das Verfahren mit Vergleich, Rücknahme der Klage oder Verurteilen des Verfahrens. Die Zahl der Entscheidungen betrug 7550 (7049). In 1673 (1490) Fällen fand Berufung auf dem ordentlichen Rechtsweg statt. Sie führte in 444 (333) Fällen zur Bestätigung, in 304 (268) Fällen zur Abänderung des gemeindegereichtlichen Urteils.
Bei den Heimfahrtsgerichten wurden im Jahre 1930 52 (45) Zivilsachen und 13 (101) Strafsachen anhängig. In Zivilsachen wurden 29 (20) Endurteile erlassen und 1 (3) Vergleiche abgeschlossen. In Strafsachen betrug die Zahl der Urteile 9 (18), die Zahl der Strafbefehle 14 (82).
Bei den Notariaten hat die allgemeine Wirtschaftslage zu einem Rückgang der Urkundstätigkeit geführt. So betrug die Zahl der Testamente 1930 1986 (1973), der Ehe- und Erbverträge 5224 (5315), der Vermögensübergaben 4222 (4533), der Grundstücksübertragungsverträge 8814 (9330) und der Unterschriftenbeglaubigungen 47 120 (46 091). Eintragungen von Pfandlasten haben in 40 174 (41 118) Fällen stattgefunden. Dagegen haben die Zwangsvollstreckungen in Grundstücken erheblich zugenommen. So wurden im Jahre 1929 3525 und im Jahre 1930 4670 Vollstreckungen anhängig. Die Zahl der Versteigerungen ist von 1956 auf 2563 angewachsen. Das Versteigerungsverfahren wurde in 1550 (1278) Fällen aufgehoben und in 1013 (678) Fällen durchgeführt.
Rücktritt des litauischen Innenministers. Der litauische Innenminister Kravicius hat seinen Rücktritt erklärt. Der Chef der Kriminalpolizei, Oberst Kuske, wurde zu seinem Nachfolger ernannt. In den Oppositionskreisen herrscht die Ansicht vor, daß der jetzige innerpolitische Kurs in verschärfter Form beibehalten wird. Kuske gilt als einer der schärfsten Gegner der Bolschewisten, da von diesem im August v. J. ein Attentat gegen ihn verübt wurde.

Letzte Nachrichten

Schwierigkeiten beim Flottenabkommen

Der Redaktionsausschuß verlegt
W.D. London, 4. April. (Tel.) Der Ausschuss zur Abfassung des Vorlautes des englisch-französisch-italienischen Flottenabkommens hat sich bis etwa 14. April vertagt. „Daily Telegraph“ bemerkt hierzu, in englischen Kreisen herrsche die Ansicht, daß, wenn Frankreich nicht bereit sein sollte, Italien in der Frage der leichten Kriegsschiffe entgegenzukommen, ein Abbruch der Arbeiten des Ausschusses zu befürchten sei.
W.D. Paris, 4. April. (Tel.) Eine Unterredung, die Außenminister Briand gestern mit dem italienischen Votschafter gehabt hat, bezog sich, wie die Blätter berichten, sowohl auf die Schwierigkeiten bei der redaktionellen Fassung des französisch-italienischen Flottenabkommens, wie auch auf das österreichisch-deutsche Problem. Frankreich und Italien können sich nicht über das Tempo verständigen, das für die Erhebung der Schiffseinheiten von 1933 bis 1936 zu wählen ist. Französischerseits meint man, daß die alten Schiffe während dieses Zeitraumes weiterhin ersetzt werden müssen. Italienseitens vertritt man den Standpunkt, daß über 1933 hinaus ein Ersatz nicht vorgenommen werden dürfe, um der Flottenabklärungskonferenz, die nach Ablauf des Abkommens vorgehen ist, volle Entscheidungsfreiheit zu lassen. „Petit Parisien“ findet diese Wiederaufholung der Paritätsfrage um so bedauerlicher, als die österreichische Angelegenheit mit in die Debatte hineinziele. In Rom verhalte man sich weiter zurückhaltend in dieser Frage, vielleicht in der Hoffnung, von Paris im Ausfall für eine aktivere Mitarbeit im Augenblick der Erörterung des deutsch-österreichischen Planes vor dem Völkerbundrat irgend eine Konzession in der Flottenfrage zu erhalten.

Die Finanzierung der Sowjetaufträge

W.D. Moskau, 4. April. (Tel.) Nach einer Meldung der Telegraphenagentur der Sowjetunion hat der russische Votschafter in Berlin mitgeteilt, daß die Finanzierung der Sowjetaufträge von Deutschland entsprechend dem Moskauer Übereinkommen zwischen Ordsonoff, dem Vorkisenden des Obersten Volkswirtschaftsrats der Sowjetunion und Vertretern der deutschen Industrie bei deren kürzlichem Aufenthalt in Moskau sichergestellt sei. Infolgedessen sei Hjalmar Johansson als Bevollmächtigter des Obersten Volkswirtschaftsrats der Sowjetunion nach Berlin abgereist, um einen endgültigen Vertrag abzuschließen und die Verteilung der Aufträge in die Wege zu leiten. In den nächsten Tagen wird ferner eine Gruppe von Vertretern der Sowjetindustrie die Reise nach Berlin antreten.

Um den Film „Dreigroschenoper“

W.D. Berlin, 4. April. (Priv.-Tel.) Die Filmoberprüfstelle hat sich dieser Tage unter dem Vorsitz des Ministerialrates Geeger mit den Widerstandsgruppen zu beschäftigen, die die Regierung der Länder Thüringen, Baden und Braunschweig gegen den Film „Die Dreigroschenoper“ eingebracht hatten. Die Vertreter der drei Länder forderten das völlige Verbot des Filmes. Nach längerer Verhandlung wies die Oberprüfstelle die Widerstandsgruppen der drei Länder zurück. Sie beschränkte sich auf das Verbot eines einzigen Satzes aus dem Dialog. Der Film darf jetzt also in ganz Deutschland aufgeführt werden.

Gandhi Vertreter des Allindischen Kongresses

W.D. London, 4. April. (Tel.) Der Allindische Kongress sagte gestern dem Beschluß, Gandhi als seinen einzigen Vertreter auf der nächsten Rundfunkkonferenz zu ernennen.

Streit am Redarkanal

Der Redarkanalstreit zwischen Redatagartach und Wöllingen ist nicht zuletzt unter dem Druck der Arbeitsmarktlage im Bezirk Heilbronn zur Ausführung in diesem Frühjahr beschlossen worden. Kaum, daß nun die Arbeiten in Gang gebracht sind, kommt eine Unterbrechung: Die Gesamtbelegschaft hat am Donnerstag früh wegen Lohnunterschieden die Arbeit eingestellt. Am 1. April ist der Reichstaxi für das Baugewerbe abgelaufen. Von seiten der Arbeitgeber wurde nun ein Lohnabbau von 13 Proz. beantragt, die Verhandlungen darüber, die in Stuttgart und Berlin stattfanden, ergaben, daß die Arbeitnehmer sich mit 10 Proz. Lohnabbau einverstanden erklärten. Die Belegschaft des Redarkanals — etwa 200 Mann — hielt in Redargartach eine Versammlung ab, die den Vorschlag der Arbeitgeber ablehnte und die Arbeit einstellte. Es bestehen Gefahren für das Baugelände, da die Gruben bei dem Streik der Pumpenwärter erfäut werden.

Die Betriebsrätewahlen im Ruhrgebiet

Das jetzt vorliegende endgültige Ergebnis der Betriebsrätewahlen im Ruhrgebiet zeigt von den 185 Schachtanlagen folgendes Bild: Die freien Gewerkschaften erhielten 81 344 Stimmen, die Christlichen Gewerkschaften 54 161, die Dönders 1976, Polen 163, Rote Gewerkschaften 62 476, Syndikalistischen 1931, Deutsche Arbeiter 10 560, Nationalsozialistischen 7893. Die Wahlbeteiligung betrug, ähnlich wie im Vorjahre, 80 bis 85 Prozent. Auf die freien Gewerkschaften entfielen 38 (im Vorjahre 43,8), auf die Christlichen Gewerkschaften 24,7 (26,2), auf die Rote Gewerkschaften 28 (23,2), Deutsche Arbeiter 4,8 (2,9), Nationalsozialisten 2,5 (0) Prozent.

Die Bautätigkeit in den deutschen Groß- und Mittelstädten im Jahre 1930

Trotz der allgemein ungünstigen Wirtschaftslage weist die Wohnungsbautätigkeit im vergangenen Jahr wieder eine erfreuliche Zunahme auf. Nach einem Bericht des Statistischen Reichsamts in „Wirtschaft und Statistik“ (1931, Nr. 3) wurden dem Wohnungsmarkt der deutschen Groß- und Mittelstädte (96) im Jahr 1930 insgesamt rund 162 000 Neuwohnungen zugeführt und damit in diesen Städten die bis jetzt höchste Bauleistung erzielt. Das Ergebnis war um 13 v. H. höher als 1929 mit 143 000 neuerrichteten Wohnungen und um 27 v. H. höher als 1928 mit 128 000 Wohnungen. Seit 1919 wurden im ganzen rund 965 000 Wohnungen in den Städten mit über 50 000 Einwohnern fertiggestellt, denen ein Abgang von rund 31 000 Wohnungen gegenübersteht. Der Anteil der Neuwohnungen am Gesamtwohnungsbestand beträgt damit in diesen Städten Ende 1930 15,4 v. H. gegenüber 13,2 v. H. Ende 1929.

Wie in den letzten Jahren, so hat auch im Berichtsjahr die Tendenz, größere Wohnhäuser zu bauen, angehalten. Von 100 Wohnhäusern entfielen auf Mehrfamilienhäuser (mit zwei und mehr Wohnungen) im Jahr 1930: 73, 1929: 69, 1928: 64 und 1927: 61. Im Durchschnitt entfiel in den Groß- und Mittelstädten ein neuerfertigtes Wohngebäude auf:

1920	3,5	1924	3,1	1928	4,0
1921	2,9	1925	3,2	1929	4,4
1922	2,8	1926	3,6	1930	4,9
1923	3,0	1927	3,9		

Hand in Hand mit dieser Entwicklung ging die Verringerung der Wohnungsgröße nach der Zahl der Räume. Der Wohnungsbedarf der zahlungsfähigeren Bevölkerungskreise ist in der Hauptfache befriedigt, aber die Nachfrage nach kleineren und billigen Wohnungen ist immer noch außerordentlich groß. Die Einengung des verfügbaren Einkommens infolge der Ungunst der Wirtschaftslage sowie die Verringerung der Familiengröße erschweren ebenfalls die Vermietung der größeren Wohnungen. Der Anteil der Kleinwohnungen an der Gesamtzahl der erstellten Wohnungen nahm in den letzten Jahren, wie die folgende Übersicht zeigt, ständig zu. Von 100 errichteten Wohnungen entfielen im Jahre

	1927	1928	1929	1930
auf Kleinwohnungen: (1 bis 3 Wohnräume, einschl. Küche)	34,2	35,6	43,0	49,4
auf Mittelwohnungen: (4 bis 6 Wohnräume, einschl. Küche)	62,6	60,4	53,8	48,2
auf Großwohnungen: (über 6 Wohnräume, einschl. Küche)	3,2	4,0	3,2	2,4

Mit Unterstützung aus öffentlichen Mitteln wurden im Berichtsjahr 88,2 v. H. sämtlicher erstellten Wohnungen in Wohngebäuden gebaut, gegenüber 86,3 v. H. und 86,1 v. H. in den beiden Vorjahren, von den durch Neubau in Wohngebäuden geschaffenen Wohnungen 91,5 v. H. gegenüber 90,3 und 89,8 v. H. in den Jahren 1929 und 1928. Dem Zugang an Wohnungen steht 1930 ein Abgang von rund 5200 Wohnungen durch Umbau, Abbruch und Brände gegenüber. In den beiden Vorjahren belief sich diese Zahl auf rund 5900 und 4400.

Das Jahresergebnis an fertiggestellten öffentlichen Gebäuden stieg von 3 555 000 Kubikmeter im Jahre 1929 auf 6 231 000 Kubikmeter im Jahre 1930; die Zunahme beträgt mithin 75 v. H. Bei den gewerblichen Gebäuden verringerte sich entgegen den vielfach ausgesprochenen Befürchtungen, daß ihre Erstellung infolge der ungünstigen Wirtschaftslage einen besonders starken Rückgang erfahren würde, die Größe des umbauten Raumes nur von 13 354 000 Kubikmeter auf 12 518 000 Kubikmeter, was einer Abnahme um 6 v. H. entspricht.

In sämtlichen Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern wurden im Berichtsjahr rund 197 000 Wohnungen (ohne Um-, An- und Aufbauten in den Gemeinden von 10 000 bis 50 000 Einwohnern) fertiggestellt, das sind 2000 mehr als im Jahre 1929. Die größte Zahl von Neubauwohnungen entfiel im Verlauf des vergangenen Jahres mit 20 700 errichteten Wohnungen auf den Oktober, die geringste mit 11 900 Wohnungen auf den April. Die

MONINGER BIERE

edel u. wohlbekömmlich.

Badisches Landestheater Karlsruhe Der Ring des Nibelungen

Der 4 Abende umfassende Zyklus ist bei der zweiten Wiedergabe unter die Abteilungen A. B. C. und G. verteilt und zur Aufführung an folgenden Tagen festgesetzt:

Samstag, den 11. April 1931 A. 20. „Rheingold“
Sonntag, den 12. April 1931 C. 20. „Walküre“
Mittwoch, den 15. April 1931 B. 21. „Siegfried“
Sonntag, den 19. April 1931 G. 21. „Götterdämmerung“.

Tagespreis: Sperrsitz 1. Abt. 8 RM. usw.
 Die Platzmieter der betreffenden Vorstellungen, die noch Karten für die 3 fehlenden Abende erwerben, erhalten auf diese Karten einen Preisnachlaß von 25%, auf die Tagespreise. Die gleiche Preisermäßigung für den ganzen Zyklus (4 Abende) genießen die Platzmieter der Abteilung D. E. u. F., sowie die sonstigen Besucher zu nachgenannten Preisen:

für 3 Vorstellungen RM.		für 4 Vorstellungen RM.	
18,-	15,75	13,50	12,45
24,-	21,-	18,-	16,60
11,25	9,-	7,95	5,40
4,95	15,-	12,-	10,60
		7,20	6,60

Die Ausgabe der ermäßigten Karten zum Ring-Zyklus erfolgt:

a) für die Mietabteilungen A. B. C. und G. am **Dienstag, den 7. April**
 b) für die Mietabteilungen D. E. und F. sowie für das übrige Publikum am **Mittwoch, den 8. April**

Jeweils vormittags 9¹/₂—1 Uhr und nachmittags 15¹/₂—17 Uhr an der Tageskasse des Landestheaters.
 Nach der ersten Vorstellung sowie für einzelne Vorstellungen wird ein Preisnachlaß nicht mehr gewährt.
 Allgemeiner Vorverkauf für den ganzen Zyklus ab Donnerstag, den 9. April, vormittags 9¹/₂ Uhr an der Tageskasse des Landestheaters. L. 107

Bezirksparkasse Rastatt

— Öffentliche Verbands-Sparkasse — Gegründet 1838 —
 mit Zweigstellen Durmersheim und Ruggensturm

Bilanz per 31. Dezember 1930

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten:	RM
1. Kassenbestand	85 846,79	1. Spareinlagen	7 277 606,08
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen u. Postsparkassen	277 706,50	2. Aufwertungs-spareinlagen	1 835 713,62
3. Wertpapiere	293 837,50	3. Giro- und Kontoforrent-einlagen	734 488,22
4. Wechsel	189 360,19	4. Sonstige Einlagen	—
5. Darlehen a. Hypotheken	5 340 721,83	5. Anlehens- und andere Schulden	79 015,86
6. Darlehen in lfd. Rechnung an Private	917 894,77	6. a) Ausgaberrückstände	24 789,07
7. Darlehen a. Schuldschein	311 552,25	b) Stückzinsen für 1931	1 698,90
8. a) Darlehen an Gemeinden	425 783,23	7. Rücklagen	—
b) Betriebskapitalanteil bei der komm. Landesbank	236 750,—	a) gesetzl. Reservefonds	388 445,98
9. a) Aufwertungsfordernngen	1 604 067,03	8. Reingewinn vom Jahre 1930	38 623,25
b) Fehlbetrag zu 18 ¹ / ₂ % Aufwertung	159 054,73		
10. Einnahmerückstände u. Stückzinsen	122 806,16		
11. Grundstücke u. Gebäude	410 000,—		
12. Gerätschaften	5 000,—		
	10 380 380,98		10 380 380,98

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
 5% aus 8 012 094,30 RM Einlagen = 400 604,70 RM
 10% aus 16 464,53 RM verb. Überschuß = 1 646,45 RM 402 251,15 RM
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 einschl. Reingewinn 427 069,23 RM
 Somit mehr 24 818,08 RM R. 377

Rastatt, den 25. März 1931.
 Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: K e n n e r, Oberbürgermeister.
 Der Geschäftsleiter: K u h n.

U. 580. Karlsruhe, über das Vermögen des Josef Frey, Biergroßhandlung in Karlsruhe, Kriegsstraße 17, wurde heute nachmittags 5,30 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Zur Vertrauensperson wurde Volkswirt Julius Gepp in Karlsruhe, Kolpingstraße 12, bestellt. Dem Schuldner wurde gemäß §§ 50, 51 und 54 B. O. allgemein verboten, über die Vermögensgegenstände ohne Zustimmung der Vertrauensperson zu verfügen. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag ist bestimmt auf Donnerstag, den 30. April 1931, nachmittags 4 Uhr, vor das Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestraße Nr. 8, I. Stock, Zimmer Nr. 40, Karlsruhe, 31. März 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 9.

U. 581. Karlsruhe. Das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Firma Karl Frey, Inhaber W. Friedrich in Karlsruhe, Kaiserstraße 113, und die Vermögensbeschränkung sind nach erfolgter Bestätigung des Vergleichs vom 16. Februar 1931 aufgehoben worden. Karlsruhe, den 30. März 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 9.

Anzeigen in der
 Karlsruher Zeitung
 (Bad. Staatsanzeiger)
 haben großen Erfolg



Staats-Lotterie
 348 000 Gewinne
 mit
 114 Millionen RM

2 Hauptgewinne je 500 000 RM.
 2 Prämien von je 500 000 RM.

Lospreis:
 1/1 Los 40 RM.
 1/2 " 20 "
 1/4 " 10 "
 1/8 " 5 "
 pro Klasse L. 84

Es empfiehlt sich
Sonner
 Karlsruhe
 Kaiser-Allee 5, am Mühlburger Tor. Tel. 4965

Druck G. Braun, Karlsruhe.



Badisches Landestheater

Sonntag, den 5. und Montag, den 6. April 1931

Außer Miete

Parfival

Von Wagner

Dirigent: Krips

Mittwirkende:

Blank, Effelsgröth, Fischbach, Haberhorn, Jaffren a. G., Seiberlich, Winter, Falke, Gospach, Kiefer, Böser, Pittschl, Schoepflin, Schuster, Strauß, G. Gröninger

Anfang 17 Ende n. 21¹/₂

Preise D (1—8 RM)

Im Städt. Konzerthaus

Sonntag, den 5. und Montag, den 6. April 1931

Meine Frau, das Fräulein

Operetten-Schwank von Beutten

Dirigent: Reilberth

Regie: Herz

Mittwirkende:

Janz, Nyhoff, Rademacher, Brand, Göder, Just, Kloeble, Mehner, Müller, Prüter

Anfang 19¹/₂ Ende 22

I. Parquet 3,50 RM

Gemeindepolizei — Befehung der Stelle eines Polizeibeamten in Schwellingen.

Die planmäßige Stelle eines Polizeibeamten ist sofort zu besetzen. Befohung nach Gruppe 8a der Reichsbefoldungsordnung, Ortsklasse B.
 Bewerber, welche die staatliche Polizeischule mit Erfolg besucht haben oder mit einer Mindestdienstzeit von 5 Jahren bei der staatlichen Ordnungspolizei oder Gendarmerie molten Bewerbungen mit Lichtbild, eigenhändig geschriebenen Lebenslauf, Führungszeugnissen und sonstigen Vorbildungsnachweisen bis 11. April 1931 unter obigem Betreff dem Unterzeichneten einreichen.
 Schwellingen, den 1. April 1931. R. 110
 Der Bürgermeister.

Badische Kommunale Landesbank Girozentrale

Öffentliche Bank- und Pfandbriefanstalt
Mannheim Karlsruhe
 Augusta-Anlage 33/41 Karl-Friedrich-Straße 1
Freiburg
 Friedrichstraße 39
 Besorgung aller bankmäßigen Geschäfte
 Gewährung von Hypotheken R. 23

Handelsschule „Hansa“

Kaiserstr. 187, üb. Galerie Moos. Tel. 5846
Beginn neuer Kurse
Montag, 13. April 1931
 Die Schulleitung:
 Fink, Dipl.-Handelslehrer R. 111

Staats- und Gemeindebehörden

sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der badischen Regierung der
KARLSRUHER ZEITUNG
 BADISCHER STAATSANZEIGER

COLOSSEUM

Heute 8.15 Uhr
Eröffnungsvorstellung
 der besten aller rheinischen Komiker
Schmitz-Weissweiler
 in
Die Kölner Filiale
 Der neueste Lachschlager
 Ostersonntag und Ostermontag
 jew. 1/4 u. 8¹/₂ Uhr. Wochent. 8¹/₂ Uhr
Lachgase im Colosseum!
Der Gipfel der Heiterkeit!
 R. 108